

BürgerKlub-Tirol  
im Tiroler Landtag  
Eduard Wallnöfer Platz 3  
A-6020 Innsbruck

Tel.: 0043-512-508-3122  
[fritz.gurgiser@buergerklub-tirol.at](mailto:fritz.gurgiser@buergerklub-tirol.at)  
[thomas.schnitzer@buergerklub-tirol.at](mailto:thomas.schnitzer@buergerklub-tirol.at)  
[www.buergerklub-tirol.at](http://www.buergerklub-tirol.at)



---

## DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Bürgerklub-Tirol** der Abgeordneten **Fritz Gurgiser** und **Thomas Schnitzer**

betreffend: **Auforderung an die Post AG, dem Tiroler Landtag das für die Postamtschließungen in Tirol zugrunde liegende Zahlenmaterial (Analysen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Bedarfserhebungen) zur Verfügung zu stellen.**

Der **Bürgerklub Tirol** und die unterzeichnenden Abgeordneten stellen den

### DRINGLICHEN ANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

**„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, jenes Zahlenmaterial vom Management der Post AG einzufordern (Analysen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Bedarfserhebungen), welches von der Post AG angeblich als Grundlage für die bereits durchgeführten und möglichen weiteren geplanten Postamtschließungen dient und dieses dem Tiroler Landtag zur weiteren Beratung zur Verfügung zu stellen.**

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Finanzausschuss**, Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten zugewiesen werden.

### Begründung:

Der Protest gegen die Postamtschließungen bezieht sich bei den betroffenen Gemeinden, Bürgermeistern und gewerkschaftlich tätigen Personalvertretern u.a. auch darauf, dass die dem Schließungsbeschluss der Post AG zugrunde liegenden Zahlenwerke wie Analysen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Bedarfserhebungen den Betroffenen nicht bekannt gemacht oder zugänglich gemacht werden.

**In seiner EntschlieÙung vom 1. Oktober 2009 hat der Tiroler Landtag**

*„die Tiroler Landesregierung aufgefordert, im Interesse der Sicherstellung einer flächen-deckenden und ausreichenden Versorgung der Tiroler Bevölkerung mit Postdienst-leistungen in ländlichen Regionen mit der Bundesregierung Verhandlungen dahingehend aufzunehmen, dass die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Postmarktgesetz erlassen und das KommAustria-Gesetz geändert wird, im Sinne der Stellungnahme des Landes Tirol vom 18.5.2009 abgeändert wird.*

Auf Grund dieser EntschlieÙung ist die Vorlage der Analysen, Wirtschaftlichkeits-berechnungen, Bedarfserhebungen an den Tiroler Landtag, auf deren Basis in unserem Bundesland die Postamtschließungen durchgeführt werden, unerlässlich.

**Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Sachverhalt**, dass bereits wieder eine ganze Reihe von Postämtern geschlossen werden sollen und die Betroffenen von den Postbediensteten bis hin zu den Gemeinden und jahrzehntelangen Kunden massiv verunsichert werden.

**Kosten:** derzeit keine

**Nutzen:** Information über die Wirtschaftlichkeit der Postamtsfilialen.

**Begünstigtenkreis:** Die Menschen in den Gemeinden und der Tiroler Landtag

Innsbruck, am 20. Juni 2010

 